

Samira Marti für Susanne Leutenegger

Die abtretende SP-Nationalrätin dürfte bei ihrer Nachfolge massgeblich mitgeredet haben



Die Linke marschiert. Zurzeit bestimmen Kathrin Schweizer, Susanne Leutenegger, SP-Präsident Adil Koller und Samira Marti (v.l.) das Geschehen. Foto Pino Covino

Von Thomas Gubler

Liestal/Augst. SP-Vizepräsidentin Samira Marti (24) soll spätestens im Dezember Nachfolgerin von Susanne Leutenegger Oberholzer im Nationalrat werden. Landrätin Kathrin Schweizer (48), die eigentlich Erstaachrichtende auf der SP-Nationalratsliste wäre, soll weiterhin Kantonspolitik betreiben und für den Regierungsrat kandidieren, schreibt die SP in einer Mitteilung von gestern Nachmittag.

Manch ein Beobachter der Baselder Politik hatte schon nicht mehr mit dem vorzeitigen Rücktritt der Baselder SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer gerechnet. Und dies, obschon dieser bei den letzten Nationalratswahlen quasi in Aussicht gestellt worden war. Nun hat sie ihn, wenn auch ohne ein konkretes Datum zu nennen, doch noch angekündigt. Der Zeitpunkt für ihre entsprechende Erklärung im Blick und in der Schweiz am Wochenende wurde sicher nicht zufällig gewählt. Vor allem aber hat der Rücktritt eine Vorgeschichte. So weist vieles darauf hin, dass die 70-jährige Ökonomin und Juristin, die von 1987 bis

1991 die Poch im Nationalrat vertrat und seit 1999 für die SP in der Grossen Kammer sitzt, bei der Regelung ihrer Nachfolge ein gewichtiges Wort mitgeredet hatte, bevor sie Ende letzter Woche ihren Rücktritt verkündete.

Die zweite Nachrückende

«Sie entscheidet autonom über ihren Rücktritt, aber ich bin überzeugt, dass sie zum richtigen Zeitpunkt einer neuen Kraft Platz machen wird», sagte vor etwas mehr als einem Jahr SP-Präsident Adil Koller. Nun hat SLO, wie die Vieille Grande Dame der Baselder SP auch genannt wird, ihren Präsidenten bestätigt.

Die entscheidende Frage war bisher allerdings, wer denn diese «neue Kraft» sein soll. Galt es doch als offenes Geheimnis, dass Susanne Leutenegger der jungen SP-Vizepräsidentin Samira Marti aus Liestal gerne den Vorzug vor der Muttenzer Gemeinde- und Landrätin Kathrin Schweizer geben würde. Das Problem dabei war aber, dass Kathrin Schweizer erste und Samira Marti mit einem Abstand von knapp 2000 Stimmen zweite Nachrückende auf der SP-Liste ist. Nach der Rücktritts-

ankündigung geht man somit kaum fehl in der Annahme, dass zuvor so etwas wie eine Kandidatinnen-Bereinigung zugunsten von Samira Marti stattgefunden hat.

Offenbar hat Kathrin Schweizer auf ein Nachrücken in den Nationalrat verzichtet, um sich für eine Regierungsratskandidatur zu bewerben. Letzteres überrascht insofern nicht mehr, als der linke SP-Flügel seine Sympathie für eine Schweizer-Kandidatur nur schlecht verhehlt. Susanne Leutenegger hat damit zumindest teilweise für Klarheit bei der Baselder SP gesorgt, auch wenn sie bezüglich Rücktrittstermin noch hinter dem Berg hält.

Nominiert ist Kathrin Schweizer damit allerdings noch nicht. Es ist nämlich kaum anzunehmen, dass sie am Nominationsparteitag vom kommenden 20. Juni die einzige Bewerberin sein wird. Zwar gibt es derzeit noch keine anderen Kandidaten. Auch der Liestaler SP-Landrat Diego Stoll hat sich noch nicht erklärt. Und es ist immer noch nicht klar, ob der erst 31-jährige Anwalt tatsächlich seinen Hut in den Ring wirft. Zwar gibt es namhafte Kreise innerhalb und ausserhalb der

Politik, die den pragmatischen Jungpolitiker gerne im Rennen sehen würden. Gegenüber der BaZ erklärte Stoll gestern aber lediglich, dass er «auf jeden Fall wichtig und gut fände, wenn die Parteibasis am Nominationsparteitag eine Auswahl hätte».

Wer hat die besten Chancen?

Für die Sozialdemokraten, die 2019 nach dann zum vierjährigen Abwesenheit unbedingt in die Kantonsregierung zurückkehren wollen, stellt sich im Juni auch die Frage, mit welcher Kandidatin oder welchem Kandidaten sie dafür die besten Aussichten haben. Im März 2019 wird es mit einiger Wahrscheinlichkeit darum gehen, gegen den wahrscheinlichen Kandidaten der SVP, Nationalrat Thomas de Courten, zu gewinnen. Diesem eilt zwar der Ruf eines politischen Hardliners voraus, unterschätzt werden sollte er deswegen aber gleichwohl nicht.

Und Samira Marti kann bei den eidgenössischen Wahlen im Herbst 2019 zwar mit dem Bisherigen-Bonus antreten. Viel Zeit, um in Bern Fuss zu fassen, bleibt ihr angesichts des späten Rücktritts ihrer Vorgängerin aber nicht.

VPOD will in den Kampf ziehen

Gewerkschaft gegen Änderung des Pensionskassendekrets

Liestal. Vorige Woche haben die Delegierten des Lehrervereins Baselland dem Vorstand grünes Licht gegeben, um über Kampfmassnahmen gegen die von der Regierung geplanten Änderungen des Pensionskassendekrets eine Urabstimmung durchzuführen. Kantonsangestellten und Gemeindelehrkräften drohen erhebliche Renteneinbussen. Die Lehrer wollen streiken, wenn der Landrat den Forderungen der Arbeitsgemeinschaft basellandschaftlicher Personalverbände nicht substanziell entgegenkommt.

Der Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) Region Basel erwägt nun, es dem Lehrerverein Baselland gleichzutun. Wie die Gewerkschaft mitteilt, prüfe der Vorstand, den Delegierten am 25. April das Vorgehen und die Bedingungen vorzulegen und für die Jahresversammlung Ende Mai werde man vorsorglich mögliche Kampfmassnahmen traktandieren.

Der VPOD kritisiert die anhaltende bürgerliche Sparpolitik angesichts der deutlich verbesserten finanziellen Situation des Kantons. ch

Nachrichten

Sicherheitsdienst soll Parksünder büssen

Niederdorf. Die von der Gemeinde Niederdorf mit der Durchführung von Sicherheitspatrouillen betraute Firma 24 Security GmbH wird in Zukunft auch Parkbusen ausstellen. Wie der Gemeinderat mitteilt, werden die Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes ab dem 1. April auf ihren Patrouillen auch den ruhenden Verkehr auf Gemeindestrassen kontrollieren und Widerhandlungen ahnden.

Auto fährt über Stein und überschlägt sich



Diepflingen. Mit leichten Verletzungen und einem Totalschaden endete am Montagmorgen die Fahrt eines 77-jährigen Autofahrers in Diepflingen. Wie die Polizei mitteilt, sei er auf der Hauptstrasse in Richtung Dorf aus noch nicht restlos geklärten Gründen nach rechts geraten und dort frontal in einen Stein geprallt. Das Auto kippte in der Folge auf die Seite und blieb auf dem Dach liegen. Der Lenker wurde zur Kontrolle ins Spital gebracht.

Sanierungen deutlich günstiger als erwartet

Muttenz. Drei Wasserleitungssanierungen, die im vergangenen Jahr ausgeführt wurden, sind deutlich günstiger ausgefallen als erwartet. Für die drei Projekte sind Kredite von insgesamt 1,95 Millionen Franken bewilligt worden, effektiv gekostet haben die Bauarbeiten 1,13 Millionen Franken. In einem Fall betrug die Ersparnis gegenüber dem Kredit 53,4 Prozent. Die Abrechnungen werden der Muttenzer Gemeindeversammlung vorgelegt.

Glückwünsche

90. Geburtstag

Dornach/Biel-Benken. Bei guter Gesundheit begibt heute unser langjähriger Abonnent **Max Latscha** seinen 90. Geburtstag. Auch **Marta Vogt** – sie erfreut sich einer bemerkenswerten geistigen Frische – darf sich zum 90. Mal über das Wiegenfest freuen. Wir gratulieren den Jubilaren herzlich und wünschen ihnen alles Gute für die Zukunft. gratulationen@baz.ch

Grüne fordern eine PUK zur Wirtschaftskammer

Der Landrat soll gemeinsam die Affäre rund um die Arbeitsmarktkontrolle aufarbeiten – Bürgerliche skeptisch

Von Joël Hoffmann

Liestal. Die Liste der Enthüllungen durch regionale Medien in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer und der Arbeitsmarktkontrollen ist lang und für den Bürger kaum mehr zu überblicken. Linke Landräte sind empört und auch bürgerliche Parlamentarier aus CVP, FDP und SVP äussern hinter vorgehaltener Hand ihren Unmut über die Wirtschaftskammer Baselland – mit Namen hinsetzen und Klartext sprechen vertrauen sich diese Bürgerlichen jedoch nicht. So bleibt es an den Linken, eine Aufklärung zu fordern.

Bálint Csontos, der Präsident der Grünen, kündigt auf Anfrage der BaZ an, dass seine Partei im Landrat eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) einsetzen will. «Aufgrund des bisher Bekannten zeichnet sich ab, dass wir es hier nicht mit Einzelfällen zu tun haben, sondern dass ein strukturelles Problem vorliegen könnte.» Es scheine an der Zeit, die bestehenden Gesetze auf ihre Tauglichkeit zu überprüfen. Eine PUK oder eine GPK mit den Kompetenzen einer PUK ist für Csontos der angemessene Weg, die erforderliche politische Ausgliederung vorzunehmen. Der Präsident der Grünen legt in Zeiten des Wahlkampfs auf parti-

übergreifende Zusammenarbeit: «Es ist ein Aufruf und ein Angebot an alle Parteien, gemeinsam an dieser Ausgliederung mitzuwirken.»

«Falscher Zeitpunkt für PUK»

«Die SP Baselland wird alle Massnahmen unterstützen, die der lückenlosen Aufklärung der Wirtschaftskammer-Affäre dienen», sagt SP-Vizepräsidentin Samira Marti. Die Juso hat bereits 2015 eine PUK Wirtschaftskammer gefordert. «Mit der Aufarbeitung hat die Politik schon viel zu lange gewartet», sagt Marti. Für die SP aber reiche eine PUK «beim Umfang dieser Affäre» nicht aus, vor allem auch, weil die Mehrheit im Parlament bürgerlich ist. Sie verweist auf die Abhängigkeit der Bürgerlichen von der Wahlkampfunterstützung der Wirtschaftskammer, weshalb eine unabhängige externe Untersuchung notwendig sei – so, wie sie die SP in einem Postulat fordere.

«Der bürgerlich dominierte Landrat wird, wenn er in Kürze über unser Postulat oder über die PUK befinden wird, der Bevölkerung zeigen, ob er eine Aufklärung will oder nicht», sagt Marti. Die SP sei gespannt, wie sich die Regierung zu den beiden Vorstössen stellen wird.

«Auch aus allen bürgerlichen Parteien höre ich, dass der politische Druck für eine umfassende Aufklärung aufrechterhalten werden müsse», sagt CVP-Präsidentin Brigitte Müller. Zum jetzigen Zeitpunkt gäbe es aber gewisse Doppelpurigkeiten mit der Strafuntersuchung der Staatsanwaltschaft. Das Parlament solle nicht Richter spielen. Müller ist zwar für eine PUK, doch noch nicht jetzt: «Wir müssen jetzt die Untersuchung abwarten und dann mit der Grundlage diese Resultate eine PUK einsetzen, damit für uns Bürger Klarheit herrscht.»

Christoph Busers Parteikollege, FDP-Präsident Paul Hofer, will sich im Moment nicht aktiv für eine Aufklärung einsetzen: «Eine PUK zum jetzigen Zeitpunkt macht keinen Sinn. Ich vertraue der Staatsanwaltschaft, dass sie die Angelegenheit sauber abklärt.» Die Untersuchung solle man abwarten. «Nach Beendigung der Strafuntersuchung besteht die Möglichkeit, die Lage neu zu beurteilen», sagt Hofer.

«Das ist reine Wahlkampfdemagogie», schimpft hingegen SVP-Präsident Oskar Kämpfer. «Ich will nicht behaupten, dass alles in Ordnung ist, aber der Einsatz einer PUK ist als Massnahme eine Ultima Ratio», sagt er. Es gebe jedoch keine Anzeichen dafür,

dass etwas so «grottenschlecht» laufe, was eine PUK legitimieren könnte, ohne vorher die GPK zu bemühen. «Es gibt auch keine Anklagen, geschweige denn Urteile und politisch gibt es vorab andere Instrumente, die noch nicht ausgeschöpft wurden», sagt Kämpfer. Für die SVP seien die Arbeitsmarktkontrollen ein Zugeständnis an die Linken, um die Auswirkungen «aus der übermässigen Zuwanderung» zu steuern. Die Migration ist ein Kernthema der SVP, die flankierenden Massnahmen nicht. «Deshalb werden wir uns diesbezüglich auch nicht in den Vordergrund stellen», sagt Kämpfer.

«Politik hat Arbeit nicht gemacht»

Grünen-Präsident Csontos will das Hauptargument der Bürgerlichen nicht gelten lassen: «Man kann nicht alles auf die Staatsanwaltschaft abschieben.» Die Aufgabe der Staatsanwaltschaft sei zu prüfen, ob strafrechtlich Relevantes vorliegt. Die PUK habe eine andere Aufgabe. Csontos: «Die Art und Weise, wie wir hoheitliche Aufgaben wie die Schwarzarbeitkontrolle durchführen, ist eine politische Frage, die wir seit Jahren vor uns schieben. Wenn wir aber im Arbeitsrecht so weitermachen wie bisher, dann hat die Politik ihre Arbeit nicht gemacht.»